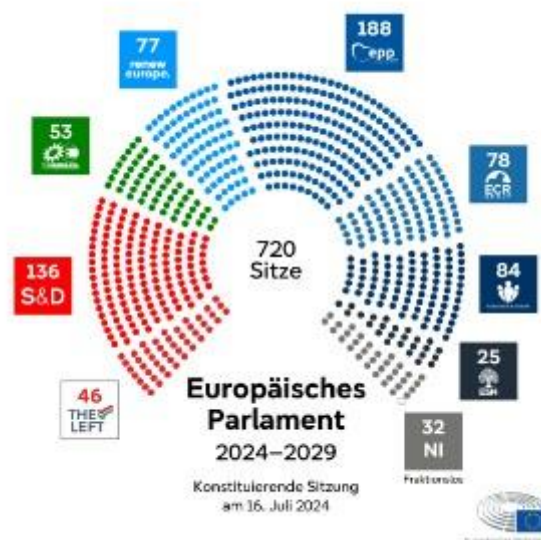


## Die Linke und die europäische Agenda

Ein großes Aufatmen war nach den Europaparlamentswahlen in den gut-bürgerlich, liberalen Redaktionen zu vernehmen. Die radikale Rechte habe zwar in vielen Ländern beachtliche Stimmen- und Mandatsgewinne zu verzeichnen, die große Gefahr sei aber abgewendet worden. Doch worin sollte diese bestanden haben? Drohte die absolute Mehrheit für die Rechtsrechten im EU-Parlament?

Die Erleichterung hing auch mit dem Spin zusammen, mit dem Ursula von der Leyen während des Wahlkampfes die rechte Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformen“ von Giorgia Meloni aus der Schmutzlecke in den Kreis ihrer potenziellen Partner gerückt hatte. Zufrieden war man aber vor allem damit, dass die Koalition aus Europäischer Volkspartei, Sozialdemokraten und Liberalen, die bislang das Europaparlament beherrschte, weiterhin über eine Mehrheit im Haus verfügt. Business as usual also, auch wenn die Liberalen ein Viertel ihrer Sitze verloren haben.

Die neue-alte Mehrheit wird allerdings unter einem erheblich erhöhten Druck von rechts stehen. Zusammen verfügen die drei radikal rechten Fraktionen (die neu gebildete Gruppe „Patrioten für Europa“, „Europäische Konservative und Reformen“ und die ebenfalls neue Fraktion „Europa der Souveränen Nationen“) über 187 Mandate. Das ist ein Zuwachs von mehr als einem Drittel, mehr als die Sozialdemokraten und beinahe so viel wie die Konservativen (188 Mandate). Hypothetisch verfügen konservative und rechts-rechte Parteien über eine Mehrheit im Europaparlament. Die Bildung einer formellen Koalition zwischen ihnen stellt zwar heute keine realpolitische Option dar, doch allein ihre arithmetische Möglichkeit ist ein Faktum, das das Europaparlament verändert.



Die neue Zusammensetzung des Europaparlaments korrespondiert mit dem Rechtsruck auf der Ebene der Mitgliedsstaaten und somit im, für die Politik der EU ausschlaggebenden Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs. Hier stehen elf Ministerpräsident\*innen. aus konservativen und fünf aus diversen rechtsradikalen Parteien nur mehr vier Sozialdemokrat\*innen und drei Liberale gegenüber. Erweitert man das Bild um Länder wie Frankreich, Belgien, Polen oder Österreich, wo rechtsradikale Parteien im Vorzimmer der Macht sitzen, zeigt sich das Ausmaß dieser beunruhigenden Entwicklung.

### Die Linke

Der Linksfraktion im Europaparlament wurde in der Wahlnacht ein Zuwachs von 37 auf 41 Mandate zugeschrieben. Mitte Juli schlossen sich ihr fünf Mandatar\*innen der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung an, sodass sie nun mit 46 Mandate knapp hinter den Grünen liegt.

Im positiven Gesamtergebnis sind unterschiedliche Trends enthalten. La France Insoumise und die nordeuropäischen Linksparteien gingen gestärkt aus dem Wahlen hervor. Dabei sticht das Ergebnis des finnischen Linksbundes, der vor zwei Jahren im Parlament mehrheitlich für den NATO-Beitritt gestimmt hatte, besonders hervor. Im Unterschied dazu erlitten wichtige Parteien der EL, namentlich die deutsche Linke und die kommunistischen Parteien Frankreichs, Spaniens und Italiens Niederlagen. Letztere sind im Europaparlament nicht mehr vertreten.<sup>1</sup>

Über die Ursachen der Zerwürfnisse zwischen den links-grünen und den kommunistischen Parteien, die in Frankreich, Italien und Spanien mit konkurrierenden Listen bei den Europaparlamentswahlen antraten, soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Die nordeuropäischen linksgrünen Parteien, der portugiesische Linksbund und La France Insoumise ziehen aus den für sie günstigen Wahlergebnissen jedenfalls den Schluss, sich von der kommunistischen Parteien und der EL zu trennen und zu versuchen, eine eigene Europapartei zu gründen.

## Das komplizierte Puzzle der Linken in Europa<sup>2</sup>

Allianz „Now the People“ der EP-Fraktion	EL-Parteien (Mitglieder und Beobachter)	Andere Mitglieder
Left Alliance (FI) (17,3%) (4,1%)	Syriza (GR) (14, 9%)	PCP (PT) <sup>3</sup>
Bloco de Esquerda (PT) (4,3%) (11,1%)	Izquierda Unida (ES) (4,7%) <sup>3</sup>	Sinn Féin (IE)
La France Insoumise (9,9 %)* (11,9%)	déi Lénk (LU) (3,2%)	PTB (BE)
Podemos (ES) (3,3%)	KPÖ (AT) (3%)	
Red Green Alliance (DK) (7%) <b>von Fraktion und EL</b>	PCF (F) (2,36%)	<b>Außerhalb</b>
Schwedische Linkspartei (11%) Griechenlands (9,3%)	Rif.Com (IT) (2,2%)	KP
MERA 25 (GR) (2,5%)	AKEL (CY)	(21,5%) *
(NL) (2,0%)	KSCM (CS) (9,6%) <sup>3</sup> *	SP
	Sinistra Italiana (6,8%) <sup>3</sup> *	
	EuA (Katalonien) <sup>3</sup>	

<sup>1</sup> PCF, Rifondazione Comunista und PCE traten zu den Europaparlamentswahlen jeweils in Bündnissen an.

<sup>2</sup> Nach Cornelia Hildebrandt: Zu den Krisen der Linksparteien und gegenläufige Trends. PPP.

<sup>3</sup> Izquierda Unida, deren stärkste Komponente die PCE ist trat bei den Wahlen als Teil des rot-grünen Bündnisses Sumar an. Die KP der tschechischen Republik trat im Rahmen des patriotischen Bündnisses Stacilo, Sinistra Italiana im Rahmen des Bündnisses Verdi i Sinistra an. EuA (Esquerra unida i alternativa) trat zu den Europaparlamentswahlen im Rahmen der Koalition Esquerra Republicana an. Die portugiesische KP ist der wesentliche Bestandteil des Wahlbündnisses CDU.

Bildu/Sortu (ES) (4,9%)<sup>4</sup>

Die Linke (2,7%)

Nea Aristera (GR) (2,5%)<sup>5</sup>

\*

Beobachterparteien der EL

Eine Kritik an der Verfasstheit der EL lautet, dass die Zusammensetzung ihrer Gremien und ihre Entscheidungsprozeduren, wie sie auf dem letzten Kongress festgesetzt wurden, die Kräfteverhältnisse innerhalb der Linken Europas nicht mehr adäquat abbilden. Das sieht auch der Vorstand der EL so. Die historischen Strukturen der EL und das Einstimmigkeitsprinzip bei der Beschlussfassung, so die Einschätzung, erweisen sich heute als hinderlich bei der organisatorischen und strategischen Weiterentwicklung der Partei. Daher und um bei der Neuverteilung der Macht und der durch die EU-Parteienförderung lukrierten Mittel eine Alternative zur beabsichtigten Spaltung in Diskussion zu bringen, hat er ein strukturelles Reformprogramm und die Abhaltung eines außerordentlichen Parteitags zur Diskussion gestellt. Nach Konsultationen mit möglichst vielen Parteien innerhalb und außerhalb der EL soll darüber im Herbst entschieden werden.

### **Die Agenda der EU**

Hinter der Debatte über internen Verhältnisse lauert aber ein viel größeres Problem der Linken, nämlich die Anpassung ihrer Strategie an die drastisch geänderten äußeren politischen Umstände. Wichtige Weichen für die neue Periode wurden bereits vor den Wahlen gestellt. Das betrifft neben dem Migrationspakt, der die tödliche und menschenrechtswidrige Praxis an den EU-Außengrenzen festschreibt, vor allem die Finanz- und Wirtschaftspolitik. Noch im Frühjahr hatten sich Kommission, Rat und Parlamentsmehrheit darauf geeinigt, die „Neuen wirtschaftspolitische Steuerungsregeln“ in Kraft zu setzen, durch die die während der Pandemie suspendierten, strikten Regeln zu Budgetdefizit und Staatsverschuldung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in modifizierter und teilweise verschärfter Form wieder in Kraft gesetzt werden. Nicht mehr als sechs Mitgliedsländer der EU entsprechen zurzeit diesen Regeln. Für die anderen bedeuten sie die Verpflichtung, auf eine von der EU-Kommission kontrollierte Sparpolitik einzuschwenken. Davon ist die Klimapolitik direkt betroffen, denn um die Klimaziele zu erreichen, schätzen Expert\*innen sind zusätzlich 120 Milliarden Euro (1,6 Prozent BIP) öffentliche Investitionen erforderlich.<sup>6</sup> Unter dem Regime der wieder aktivierten Sparpolitik werden aber nur drei Länder, nämlich Dänemark, Schweden und Irland dazu in der Lage sein.<sup>7</sup>

Verschärft wird die Situation durch den Beschluss der NATO, den Anteil der Rüstungsbudgets der Mitgliedsländer an den Bruttoinlandsprodukten auf mindestens 2 Prozent zu steigern. Man braucht kein Mathematikgenie zu sein, um einzusehen, dass diesem Zangenangriff von Sparpolitik und Aufrüstungsprogrammen vor allem die Sozialbudgets, die öffentlichen Dienste und die öffentlichen Investitionen zum Opfer fallen

---

<sup>4</sup> Sortu ist Beobachterpartei der EL und ist Teil des baskischen linken Wahlbündnisses Bildu.

<sup>5</sup> Nea Aristera hat einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EL gestellt.

<sup>6</sup> Mang, Sebastian/Caddick; Dominik (2024): Navigating Constraints for Progress: Examining the Impact of EU Fiscal Rules on Social and Green Investments, <https://www.etuc.org/en/publication/navigating-constraints-progress-examining-impact-eu-fiscal-rules-social-and-green> , S.12.

<sup>7</sup> Ebd. S. 4.

werden. Tatsächlich droht die Teilnahme der EU an den geopolitischen Konfrontationen eine Ära der sozialen und ökologischen Gegenreformen einzuleiten. Alarmiert wandte sich deshalb die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Esther Lynch mit einem Brief an die europäischen progressiven Parteien und rief sie auf, den Versuchen entgegenzutreten, soziale Rechte und Standards zurückzuschrauben.

Das Ausmaß, in dem Kriege und Rüstung für die Klimakrise verantwortlich sind, ist ein Anathema der öffentlichen Debatte. Aber selbst in einem vom Europäischen Rat unter dem paradoxen Titel „Greening the Armies“ veröffentlichten Forschungspapier wird zugestanden, dass Militär und Rüstung für 5,5 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich sind.<sup>8</sup> Damit emittieren die Armeen knapp weniger CO<sub>2</sub> als die EU aber mehr als Russland und doppelt so viel wie die zivile Luftfahrt. Über die Umweltauswirkungen der zurzeit geführten Kriege liefert das Papier keine Angaben. Wir wissen aber, dass allein in den ersten sieben Monaten des Kriegs in der Ukraine 100 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> emittiert wurden, was dem Ausstoß eines mittelgroßen Industrielandes wie Niederlande entspricht.<sup>9</sup> Auch ist dokumentiert, dass in den ersten vier Monaten des Gaza-Kriegs mehr CO<sub>2</sub> emittiert wurde als von 26 Ländern. Berücksichtigt man die Bau- und Wiederaufbaumaßnahmen, betragen die kriegsbedingten Emissionen in Gaza zu diesem Zeitpunkt 61 Millionen Tonnen, was in etwa dem jährlichen Ausstoß Österreichs entspricht.<sup>10</sup>

Die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Kriege und des Wettrüstens sind keine „politische Erzählung“, sondern existieren so objektiv wie der menschengemachte Klimawandel. Daher hat die EL auch die friedenspolitischen Forderungen an den Beginn ihres Wahlmanifests gestellt. Damit unterschied sie sich im Wahlkampf von allen anderen Parteien.<sup>11</sup>

### **Alles nichts ohne Frieden**

In der Leitlinien-Rede vor ihrer Wahl durch das Europaparlament hat Ursula von der Leyen den Aufbau einer „echten europäischen Verteidigungsunion“ zur Priorität, die alle Politikbereiche betrifft, erklärt. Die bis vor kurzem gehypte strategische Autonomie der EU kam in ihrer Ansprache kein einziges Mal vor, stattdessen soll die Zusammenarbeit mit der NATO erweitert werden. Binnen einhundert Tagen will die Kommission in einem Weißbuch ihre Vorschläge zum Aufbau der Verteidigungsunion detailliert und zusammengefasst präsentieren<sup>12</sup>. Damit werden die Grundsatzfragen von Krieg, Aufrüstung und NATO auf die offizielle Tagesordnung der EU gesetzt.

---

<sup>8</sup> European Council – Analysis and Research Team (2023): Greening the Armies, <https://www.consilium.europa.eu/media/69607/art-greening-the-armies.pdf> , S.4.

<sup>9</sup> Climate Focus (2023): Climate damage caused by Russia's war in Ukraine (First and second interim assessments), <https://climatefocus.com/publications/climate-damage-caused-by-russias-war-in-ukraine/>

<sup>10</sup> Euro news (7 June 2024) Jet fuel, bombs and concrete: The 60 million tonnes of carbon generated by Israel's war on Gaza, <https://www.euronews.com/green/2024/06/07/jet-fuel-bombs-and-concrete-the-60-million-tonnes-of-carbon-generated-by-israels-war-on-ga>

<sup>11</sup> European Elections Manifesto 2024, <https://www.european-left.org/2024-eu-election-manifesto/>

<sup>12</sup> Ursula Von der Leyen (2024): Europa hat die Wahl, Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission 2024 – 2029, [https://commission.europa.eu/document/download/e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648\\_de?filename=Political%20Guidelines%202024-2029\\_DE.pdf](https://commission.europa.eu/document/download/e6cd4328-673c-4e7a-8683-f63ffb2cf648_de?filename=Political%20Guidelines%202024-2029_DE.pdf) , S. 17 f.

In welchem Sinne die Mehrheitsfraktionen diese beantworten, darüber gibt die von Volkspartei, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen symbolträchtig in der ersten Sitzung des neuen Europarlaments eingebrachte Resolution zum Ukraine-Krieg Auskunft. Die Mitgliedsstaaten werden darin dazu aufgerufen, die militärische Unterstützung für die Ukraine bis zu ihrem militärischen Sieg zu verstärken. Gemeinsam und einzeln sollen sie sich dazu verpflichten, nicht weniger als 0,25 % ihrer BIP dafür aufzuwenden. Mit Befriedigung wird in der Resolution festgestellt, dass die Ukraine sich auf einem unumkehrbaren Weg zur NATO-Mitgliedschaft befindet. Begrüßt werden schließlich die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Ukraine und Moldawien, weil diese eine geostrategische und demokratische Chance darstellten.<sup>13</sup>

Die Hauptaussage besteht nicht in der schon oft und zu Recht ausgesprochenen Verurteilung der Aggression Russlands, nicht einmal im Aufruf, der Ukraine weiterhin Waffen zu liefern, sondern in der bellizistischen Logik, jedes andere Ende des Krieges als einen Sieg auf dem Schlachtfeld als Denkmöglichkeit auszuschließen. Den Krieg auf einem diplomatischen und politischen Weg zu beenden, wird nicht einmal einer Erwähnung Wert beifunden. Doch wie viele hunderttausende Menschen sollen dieser Logik noch geopfert werden? Aus dieser Blindheit folgt auch, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zur irreversiblen Tatsache zu erklären, obwohl ein international garantierter neutraler Status des Landes von verschiedener Seite als Baustein einer Friedenslösung ins Gespräch gebracht wurde.

Anders als die Ausdehnung der NATO könnte die geplante EU-Erweiterung positiv wirken. Doch auch nur dann, wenn sie von der Kriegslogik losgelöst, die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte in den Vordergrund stellt. Wird die EU-Erweiterung umgekehrt zum Instrument geostrategischer Interessensdurchsetzung genützt, so würde sie eher zu einer Erhöhung der internationalen Spannungen, zu Kriegen und Bürgerkriegen als zu Frieden und Prosperität führen.

Das EU-Parlament verfügt in der Außenpolitik über keine politische Kompetenzen. Mit dieser Resolution, die von symbolischer Bedeutung ist, steht es im Gegensatz zu den Sichtweisen der Mehrheit der von ihm vertretenen EU-Bürger\*innen, die sich für Friedensverhandlungen zur Beendigung des Kriegs aussprechen.<sup>14</sup>

Stattdessen erleben wir aber eine Eskalation des Krieges. Wie Schlafwandler\*innen taumeln die europäischen Eliten auf die Grenze zum großen Krieg zu. Die in zwei Jahren geplante Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Deutschland und die absehbare russische Reaktion werden die Lage weiter destabilisieren.

In der gegenwärtigen Krise der Sicherheitspolitik wird bisweilen die Idee einer europäischen Armee, die an die Stelle der Armeen der Nationalstaaten tritt, aufgeworfen. Diese Idee beinhaltet mehr Fragen, als sie beantwortet, ob und wie etwa die französischen Atomstreitkräfte in eine solche Euro-Armee integriert würden, oder welche Rolle die paktfreien und neutralen Staaten darin spielten. Noch wichtiger aber wäre, bevor über das Mittel der Sicherheitspolitik diskutiert wird, sich über ihre Ziele auseinanderzusetzen.

---

<sup>13</sup> Europäisches Parlament (17. Juli 2024): The need for the EU's continuous support for Ukraine, [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2024-0003\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-10-2024-0003_DE.pdf)

<sup>14</sup> Vergl.: European Council of Foreign Relations (July 2024): The meaning of sovereignty and European Views of Russia's War on Ukraine, [The meaning of sovereignty: Ukrainian and European views of Russia's war on Ukraine | ECFR](#)

Europa braucht ein neues, nichtmilitaristisches Denken in der Sicherheitspolitik. Die strategische Autonomie Europas kann nicht durch Aufrüstung, sondern nur durch die Rückkehr zu einer Friedenspolitik gestärkt werden.

In ihrem Manifest fordert die EL, dass das Prinzip der gewaltfreien Lösung internationaler Konflikte in den EU-Verträgen verankert wird. Sie verlangt, dass die EU dem Vertrag über das Verbot der Atomwaffen (TPNW) beitrifft und Europa zu einem atomwaffenfreien Kontinent macht. Sie fordert, Neutralität und Paktfreiheit als positive Elemente einer neuen europäischen Sicherheitsordnung anzuerkennen.

Der 50. Jahrestag der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der nächstes Jahr begangen wird, wäre ein guter Anlass, über das Konzept der gemeinsamen Sicherheit auf unserem Kontinent, das ihm zu Grunde lag, zu diskutieren.

Wir leben in einer bewegten, gefährlichen Zeit. Die Abwehr der Kriegsgefahr kann zum Band werden, das die europäischen Völker miteinander verbindet. Dazu braucht es eine europäische Linke, die Friedenspartei ohne Zweideutigkeiten ist. Die Differenzen in der Linken zur Sicherheitspolitik sind ernst, und müssen öffentlich besprochen werden, aber sie rechtfertigen keine Spaltung. Im Gegenteil, Europa braucht angesichts des Aufstiegs der radikalen Rechten eine starke Linke, die ihre Einheit in der Vielfalt bewahrt und ihre Kontroversen im Dialog abhandelt.